

Offene Worte

Online Nr. 193

Zeitung der LINKEN für den Barnim 28. Sept. 2022, 32. Jahrg.

LINKE: Schutzschirm von 1 Milliarde für Brandenburg ist finanzierbar

Antrag der LINKEN im Landtag: Zweck des Corona-Sondervermögens auf Energiekrise erweitern

500 Millionen Euro pro Jahr müssten die Brandenburger privaten Haushalte, Unternehmen, Kommunen allein für die Gasumlage bezahlen, wenn sie denn weiterhin eingeführt wird, das erläuterte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Sebastian Walter, am 27. September. Ab 1. Oktober, also ab Sonntag, gilt die Gasumlage. Wegen ihrer Kurzfristigkeit wird sie aber erst ab November fällig werden. Ob sie überhaupt bezahlt werden muss, ist dennoch ungewiss, denn Wirtschafts- und Finanzminister widersprechen sich ständig, einmal ist sie zwingend nötig, einmal rechtlich nicht haltbar, dann wieder nur unter bestimmten Umständen ...

Fakt ist, dass der eigentliche Anlass für die Einführung der Gasumlage inzwischen weggefallen ist. Denn der Energiekonzern Uniper, größter deutscher Importeur von russischem Gas ist inzwischen verstaatlicht und wird somit über den Bundeshaushalt finanziert und nicht über eine gesonderte Umlage. Damit könnte die Gasumlage von 2,419 Cent/Kilowattstunde zurück genommen werden. Für einen

4-Personen-Privathaushalt würden damit etwa 387 Euro pro Jahr weniger fällig (für 16.000 Kilowattstunden, Verbrauch für Heizung und Warmwasser). Erneut wiederholte Sebastian Walter die seit Monaten bestehende Forderung der LINKEN nach einem Gaspreisdeckel. „Wenn es ihn im Bund nicht geben wird, dann eben in Brandenburg!“

Dieses Hin und Her in der Politik verunsichere die Menschen und treibe sie in die Hände von Rechtspopulisten, kommentierte Sebastian Walter. Statt dessen müsse endlich gehandelt werden. Auch die Brandenburger Landesregierung dürfe sich nicht permanent hinter dem Bund verstecken. So könne sie z.B. eine „Notlage“ ausrufen, die viel mehr finanzielle Spielräume ermögliche, um den Menschen im Land zu helfen. „Dass die Finanzministerin meint, dass dies nicht gehen würde, ist Unsinn“, meinte Walter. „Schleswig-Holstein zum Beispiel hat dies längst gemacht.“

Welche Konsequenzen die Ausrufung einer Notlage hätte, erläuterte der finanzpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag,



Ronny Kretschmer: „Es gibt ein Corona-Sondervermögen in Höhe von 1,327 Milliarden Euro in Brandenburg. Davon sind 328,5 Millionen Euro zweckgebunden, die übrigen Gelder stehen noch zur Verfügung.“ DIE LINKE beantragt nun im Landtag, mit diesem Geld „Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen und Auswirkungen des Ukrainekrieges und den damit verbundenen Energiepreissteigerungen“ zu finanzieren.“ Dass dies rechtlich nicht möglich sei – diesen Vorwurf

der Regierungsparteien weist Sebastian Walter zurück. „Der Landtag ist der Haushaltsgesetzgeber, natürlich können wir entscheiden, was wir mit dem Vermögen des Landes tun.“ Es werde jetzt zwingend zur Entlastung gebraucht. Nach Auffassung der LINKEN soll es jetzt eingesetzt werden, „um einen Schutzschirm mit konkreten Maßnahmen für private Haushalte, Wirtschaft, Vereine und Verbände zu spannen, um sie von hohen Energiekosten zu entlasten“, erklärte Kretschmer. **bc**

Gysi kommt!
01.10.2022, 15 Uhr
Platz der Befreiung,
Schwedt/Oder
Kundgebung mit Gregor Gysi MdB,
Sebastian Walter MdL,
Martin Schirdewan MdEP
DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg
DIE LINKE. IM BUNDESTAG

Regierungen müssen jetzt handeln!

LINKE: Mit solidarischem Protest Demokratie stärken

„Die bisherige Lösung für das PCK in Schwedt heißt eigentlich nur: Die Beschäftigten können zwei Jahre in Kurzarbeit mit 100 Prozent Lohnausgleich gehen“, erläuterte Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, am 27. September. „Das ist gut für die Beschäftigten, mit den Gewerkschaften abgestimmt, wir befürworten dies“, so Walter. Aber es sei keine Lösung für Schwedt, für die Region, für Zulieferer. Denn beim jetzigen Stand würde das PCK ab

Januar nur zu maximal 60 Prozent ausgelastet werden. Alternativen wie kasachisches Öl würden nicht ernsthaft geprüft, so Walter weiter. „Deshalb ruft die Landtagsfraktion der LINKEN am Sonnabend, den 1. Oktober, zu einer Demo in Schwedt auf“, erklärte Walter. „Wir wollen mit demokratischem und solidarischem Protest darauf aufmerksam machen, wo gehandelt werden muss – und damit ein demokratisches Instrument nutzen und die Demokratie stärken“, so Walter.

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
2. Oktober 2022